

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftföhrer:  
Erik Hoffmann, Berlin.  
Verleger: Emil Schöng 4100/4100



Redaktion für Druck und Gestaltung:  
Berlin O 2 01, Behl-Wilhelm-Platz 6  
Telefon: 60210

Die Zeitung wird in Cottbus.  
Der Inhalt ist nur auf Grund der Nachrichten der Redaktion bekannt. Die Redaktion ist nicht für die Meinungen der Leser verantwortlich.

Berlin, den 8. Okt. 1932.

Int. Institute  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Auf dem Zwickel.  
-----

SPD. Selbst der kühnste Hellseher des Herrenklubs wird nicht zu behaupten wagen, dass Deutschland sich während der viermonatlichen Papenherrschaft Freundschaft oder Sympathie unter den Völkern der Erde erworben hätte. Vielmehr ist anno 14 wieder Mode: "Viel Feind, viel Ehr" - "Hier können noch Kriegserklärungen angenommen werden!" In einem einzigen viertel Jahr ist es dieser Regierung gelungen, mehr Töpfe zu zerschlagen, als die geschicktesten Handwerker in einer Vierteljahrhundert zusammenleimen können.

Es wäre jedoch ungerecht, nur die negative Seite dieser Regierung und ihrer Herren Minister zu zeigen, die die Republik in der Hand und die Monarchie im Herzen tragen. Sie besitzen sogar die grosse Gabe der unfreiwilligen Komik, und es ist gerade in diesen Tagen, dass sich von Pol zu Pol die Völker vor Lachen schütteln, ob des glorreichen Zwickel-Erlasses. Seit den seligen Zeiten des Hauptmanns von Köpenick war kein ähnliches Gelächter. Ist aber in diesen ernsten, schweren Zeiten das Lachen keine Wohltat und das Lachenmachen kein Verdienst? Heil diesem Pracht-Zwickel! Mit dem Kakao, durch den er bereits gezogen worden ist, könnten sämtliche hungernde Schulkinder Deutschlands jahrelang bestens gepflegt und beköstigt werden. Selbst die Komiker und Künstler Berlins, von Claire Waldoff bis Max Hansen, haben jetzt an Herrn Dr. Bracht einen offenen Brief geschrieben, worin sie sich "für die durch den Zwickel gespendete fruchtbare Pointe öffentlich" bei dem Herausgeber bedanken. Auch die ausländische Presse aller Länder und Staaten beschäftigt sich eingehend mit dem Zwickel, und die Zwickel schreiben gelehrte Abhandlungen über den Sinn und Zweck des Brachtschen Feigenblattes aus dem Paradies des Herrenklubs. Da aber das Wort "Zwickel" in keine ausländische Sprache zu übersetzen ist, bedarf es für die fremden Korrespondenten grosser Umschreibungen, und so finden wir im mussolinischen "Corriere della Sera" anstelle des Zwickel, den schönen wohlklingenden Ausdruck: "rinforzo di Triangolo".

Wie bei all den staatsmännischen und väterlichen Verordnungen und Notbekleidungen des Papenregimes gefriert uns Deutschen jedoch bald das Lachen im Munde. So beschwert sich z.B. die grösste Badeanzugfabrik Preussens, in Lübben, sie erleide durch den Zwickel-Ersatz einen Schaden von 300 000 Mark. Bisher hatte diese Stadt keine Arbeitslosen. Das Ankurbelungsergebnis des Zwickel-Erlasses bedeutet, dass Lübben zum erstenmal zahllose Arbeitslose mustern wird. Die Lagerbestände können nicht mehr verkauft werden und die Masse der Bevölkerung hat kein Geld, neue mit Zwickel versehene Anzüge zu kaufen. Im "Berliner Tageblatt" berechnet der Handelsgerichtsrat Goeritz, Direktor der Norddeutschen Tricotweberei, den Schaden der Industrie auf acht Millionen Mark und dazu ein Lohnausfall von sechs Millionen Mark für zehntausend Arbeiter; abgesehen von dem unvermeidlichen Konkurs vieler Kleinbetriebe. Ein teures Lachen, denn nicht einmal das ist umsonst für die deutschen Arbeiter und Angestellten.

Und das ist das tragische Symbol und das traurige Fazit für den Glanz und die geborgte Glorie der ganzen Baronswirtschaft.

Es war die wilhelminische Junker- und Feudalherrschaft, die das deutsche Volk in den furchtbaren Krieg und in unsagbares Elend geführt hat. Als der Karren im tiefsten Sumpf steckte und die Menschen in Schlamm und Blut, in Hunger und Elend zu ersticken drohte, sind die Verantwortlichen und Schuldigen ausgerissen. Mit unendlichen Mühen haben die Hinterbliebenen die Zügel selbst in die Hand genommen, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Bei dieser Wüstenwanderung ist das Volk von einer neuen und entsetzlichen Katastrophe der Weltkrise und der Arbeitslosigkeit überfallen worden. Mutlosigkeit und Zweifel über den von der Sozialdemokratie und der Republik eingeschlagenen Weg sind über grosse Teile dieses Volkes gekommen. Wahrsager, Zauberer, Gaukler und Hallunken taten sich auf, bezahlt von jenen, die noch nie die Freunde des Volkes waren, aber immer seine Ausbeuter und Freinde. Es haben sich jene Aasgeier hinzugesellt, die einst als Kutscher auf dem Bock sassen und die Peitsche schwingen konnten, die Fürsten und der hohe Adel. "Zurück" rufen sie, zu den Fleischtöpfen Ägyptens, zurück in die Vergangenheit, in die guten alten Zeiten Wilhelms II., des Kasernenhofes und des preussischen Herrenhauses.

In der Tat. Rückwärts geht es. Mit Hilfe der Gaukler aus den Braunen Häusern und ihrer Mordbanditen "sind die Barone in die Macht gestiegen" und die Arbeiter und Angestellten wieder Staatsbürger zweiten Ranges geworden. Ohne Parlament und gegen den Willen des Volkes regieren wieder die Junker und Schloßbarone und diktieren ihren Willen. Ohne jede parlamentarische Kontrolle wird das Staatsbudget festgesetzt und willkürlich werden die Einnahmen und Ausgaben des Staates dekrediert. "Notverordnung", dass den Armen genommen und den Reiche gegeben wird. Auf Jahre hinaus werden die noch nicht einmal vereinnahmten und noch nicht einmal vor auszusehende Steuereinnahme "zur Wirtschaftsankurbelung" in der dilettantischsten Weise verschenkt. Milliardengeschenke an die Unternehmer, mit dem Erfolg, dass die Arbeitslosigkeit steigt und bereits kommende Generationen mit Schulden belastet sind, genau wie beim Vertrag von Versailles. Im Interesse von einigen tausend Junkern und Grossgrundbesitzern schliesst sich Deutschland vom Welthandel mehr und mehr ab, wird die Selbstblockade über ein Volk von 65 Millionen Menschen verhängt. Die besten Abnehmerstaaten für deutsche Industrieprodukte sind von der Papenregierung zu einem Handelskrieg gegen Deutschland gezwungen, der deutsche Export sinkt von Tag zu Tag, und die politische Selbststeinkreisung ist so vollendet, dass sich selbst das deutsche Österreich ängstlich abwendet. Als Ersatz hören wir Abend für Abend im deutschen Rundfunk das Selbstlob der Minister und Barone, Kasernentöne, Kommandorufe, Flotte Militärmärsche und den Zapfenstreich, unter dessen Klängen die "aufbauwilligen Kräfte" des Herrn Papen ihren nationalen Brüdern von Harzburg mit Stuhlbeinen die Köpfe verdreschen.

Wahrlich, es ist dunkel geworden in Deutschland. Die Freiheit der Presse, die Freiheit der Rede, die Demokratie, sind dahin. Mit ihnen ist der letzte Rest von Kapital und Vertrauen im In- und Auslande vertan und verspielt. Sondergerichte untergraben und unterminieren was an Autorität des Staates und der Justiz übriggeblieben. Es ist kein Volksstaat mehr und kein "marxistischer Wohlfahrtsstaat". Dafür erfreuen wir uns der "neuen autoritären Staatsführung". Es ist kein Otto Braun mehr und kein Severing. Dafür haben wir aber den Zwickel! Vier Monate Papen um auf diesen Zwickel zu kommen, das hätte das deutsche Volk wahrlich billiger haben können.

SPD. Stuttgart, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger hat sein Landtags-  
Mandat niedergelegt. Diese Mandatsniederlegung ist als die Lösung der letzten parlamentarischen Bindung zu betrachten, die für die württembergische

Regierung bisher noch bestand. Sie will sich ganz auf den Charakter einer reinen geschäftsführenden Regierung zurückziehen, um Beschlüsse des Landtags auf Aufhebung der erlassenen Notverordnungen unbeachtet lassen zu können.

Den küsseren Anlass zu dem Mandatsverzicht des deutschnationalen Finanzministers bildet sein Konflikt mit seiner Fraktion wegen der Schlachtsteuer.

SPD. "Es wird alles anders" wo die Nazi regieren. Fragen wir aber wie?, so ergibt sich folgendes typische Bild aus der thüringischen Gemeinde Mengersgereuth-Hämmern. Dort ist eine Nazi-Mehrheit im Gemeinderat, die vor zehn Wochen auf Empfehlung des Nazi-Schwede aus Coburg den Nazimann Dr. Freytag zum Bürgermeister wählte. Das Ergebnis ist, dass heute bereits Krieg und schlimmster Stank die Gemeinde durchzieht. Weil Freytag die Korruptionswünsche seiner Pgs nicht befriedigt, weil er der SA keine Gemeindeposten verschafft, deshalb fliegen die Gemeinderatssitzungen auf, wird Freytag beschimpft und sogar ein Disziplinarverfahren gegen seine Frau verlangt. Pg. Freytag ruft die Hilfe der gegnerischen Parteien an, um sich vor den Hakenkreuzlern zu schützen. Um nun dem Streit ein Ende zu machen, hat die Nazimehrheit ihrem vor zehn Wochen gewählten Bürgermeister jetzt eine Abfindungssumme von 12 bis 14 000 Mark angeboten, damit er zurücktrete.

So soll eine Gemeinde von einer Nazi-Mehrheit allmählich ins Dritte Reich geleitet werden. Die Bevölkerung hat jedoch heute schon die Nase voll. Ihr graut es und dass Hitler kein Ehrenbürger von Hämmern wird, ist bereits sicher

SPD. Hamburg, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Delegierten-Versammlung der Hamburger Sozialdemokratie bestimmte den früheren Staatssekretär im preussischen Handelsministerium Dr. Hans Staudinger zum sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl. Auf der Liste folgen der bisherige Reichstagsabgeordnete Adolf Biedermann, der Redakteur Gustav Dahrendorf, die Lehrerin Erna tum Suden und der Gauführer des Reichsbanners Heinrich Steinfeld.

SPD. Flensburg, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Flensburg brachten es Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer idyllischen Ueberbrückung der Parteigegensätze. Sie gründeten eine Einbruchs-Genössenschaft und machten die Stadt Flensburg wie auch die nähere und weitere Umgebung durch zahlreiche Einbrüche unsicher. Ertappt wurde diese nationalsozialistisch-kommunistische Einheitsfront bei einem versuchten Einbruch in das Bankgebäude in Rübelfeld, zu dem bezeichnenderweise die Kommunisten ihren nationalsozialistischen Anführer mitten aus einer nationalsozialistischen Festveranstaltung herausholten. Vor Gericht ging die Einheitsfront in die Brüche. Die Einbrecher wurden zu Strafen von 9 Monaten Gefängnis bis zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

SPD. München, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Münchener Hitler-Bewegung wird die Spaltungstendenz immer stärker. Es stehen sich zwei Gruppen gegenüber, die einander persönlich und sachlich scharf bekämpfen: der Kreis um Röhm, der immer noch das Vertrauen Hitlers genießt, und die Gruppe um den Major Buch.

Die persönliche Gegnerschaft von Röhm und Buch geht auf Jahre zurück

und hat ihren Ausgangspunkt in der perversen Veranlagung des braunen Armeekommandanten. Die näheren Einzelheiten hat der erste Tscheka-Prozess in München plötzlich enthüllt. Im sachlichen wirken sich die Gegensätze dahin aus, dass Buch einer politischen Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen das Wort redet, während Röhm und Hitler auf der Parole des schärfsten Kampfes gegen die Papen-Regierung beharren. Beide Gruppen arbeiten innerhalb der Partei mit geheimen Organisationen und sogar mit kriminellen Mitteln gegeneinander. Major Buch hat eine persönliche Schutzwache für sich eingerichtet, weil er einen Femeanschlag der Röhmlaute befürchtet. Gerüchte wollen sogar wissen, dass in den letzten Tagen schon die Polizei eingegriffen und wegen geplanter Terrorakte gegen eigene Parteigenossen etwa 30 Verhaftungen vorgenommen hat.

Röhm treibt immer mehr zum Radikalismus und sucht Hitler zur Aufgabe der sogenannten Legalitätstheorie zu bewegen. Er begründet seinen Drang zur Illegalität mit dem Hinweis, dass die SA und SS auf dem bisherigen Wege nicht mehr zu halten seien. Bei den SA-Appellen reißt in der Tat eine immer stärkere Disziplinlosigkeit ein. Die militärische Zucht ist vielfach nur mehr ein ausserlicher Begriff. In der Regel fehlen bei den Appellen 40 bis 50 Prozent der Leute. Besonderen Eindruck machten im Braunen Haus die Nachrichten über die Rebellion der SA in Schlesien. Die Leute treiben dort einen schwunghaften Handel mit ihren Waffen und ihrer sonstigen Ausrüstung. Mit Rollkommandos will man dort den inneren Verfall der Hitlergarde aufhalten, wozu der berühmte Femeinmörder Heines mit besonderen Vollmachten ausgerüstet wurde.

-----

SPD. In Baden haben sich die Harzburger mit List und Tücke die Kirchenregierung angeeignet. Darüber wird uns aus Baden geschrieben :

Im Juli fanden in Baden die Neuwahlen zur evangelischen Landessynode statt. Sie brachten den religiösen Sozialisten einen starken Zuwachs von etwa 4000 Stimmen. Es zogen aber auch 12 Nationalsozialisten in das Kirchenparlament ein die mit den 26 Positiven, alias Deutschnationalen, trotz deren starken Stimmenverlusten, eine absolute Mehrheit in der Synode bilden konnten. Es standen ihnen nur 8 religiöse Sozialisten und 11 Liberale gegenüber. Der Kirchenregierung genügte aber eine absolute Mehrheit für ihre Pläne nicht, sie brauchte eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Zu diesem Zwecke machte sie von ihrem Recht der Zuwahl von 6 von ihr zu ernennenden Synodalmitgliedern in der Weise Gebrauch, dass sie 3 Positive und 2 Nationalsozialisten ernannte. Jetzt hatte sie 43 gefügte Vertreter, die Zweidrittelmehrheit war erreicht. Bisher geschah die Ernennung immer nach dem Proporz, also nach der Stärke der einzelnen Gruppen. Nun aber wurden die religiösen Sozialisten trotz ihres Erfolges bei der Wahl völlig übergangen, die Positiven aber trotz erheblichen Stimmenverlustes einseitig bevorzugt.

Die so von der Kirchenregierung "in die Amtlichkeit gehobene" und geschobene Harzburger Mehrheit nützte ihre Macht rücksichtslos aus. Während sich draussen im Lande Deutschnationale und Nationalsozialisten die Köpfe einschlagen, setzen sie sich in der Landessynode einträchtig zusammen, um den Liberalismus und den Sozialismus rechtlos zu machen und die Macht allein unter sich zu teilen. Die Liberalen und vor allem den Sozialisten aus der Kirchenregierung zu entfernen war das erste Ziel der nationalistischen Mehrheit. Der Weg hierzu war die Verminderung der von der Synode zu wählenden Mitglieder der Kirchenregierung; bisher waren es deren 6. Erster Antrag der neuen Zweidrittelmehrheit war, diese Zahl auf 4 herabzusetzen. Der Antrag ging natürlich durch, und dann ging es an die "Säuberung" der Kirchenregierung. Sofort wurde die Wahl der 4 Mitglieder der Kirchenregierung vorgenommen. Gewählt wur-

den 2 Positive, Deutschnationale, und 2 Nationalsozialisten! Die Liberalen und Sozialisten sind ausgeschaltet, die Kirchenregierung ist sozialistenrein. Andere Verfassungsänderungen sollen folgen, die Harzburger wollen ganze Arbeit machen. Wer tonangebend in der Synode und in der Kirchenregierung ist, wird durch die Feststellung klar beleuchtet, dass die 14 Nationalsozialisten die gleiche Anzahl Vertreter in der Kirchenregierung zugebilligt erhielten, wie die 29 Deutschnationalen. Das Hakenkreuz triumphiert über das Christenkreuz. Die evangelische Landeskirche von Baden ist der Reaktion ausgeliefert. Tausende und abertausende demokratisch, freiheitlich und sozialistisch gesinnte Kirchengläubige sind zu Kirchenmitgliedern zweiter Klasse degradiert, sind rechtlos gemacht, haben keinerlei Vertretung ihrer Anschauungen in der Kirchenverwaltung. Wie sich diese Hakenkreuzpolitik für Kirche und Religion auswirken muss, darnach fragen die Machthaber nichts. Sie herrschen und befehlen und das Kirchengvolk hat zu gehorchen und zu schweigen.

-----

SPD. Dessau, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der nationalistische Ministerpräsident Anhalts, Freyberg, hat durch eine Verordnung vom 23. August 1932 für Anhalt die bisher bestehende Einrichtung der Elternbeiräte abgeschafft und durch eine neue Art von Elternvertretung ersetzt. Die Änderung erfolgte in der Absicht den Einfluss der Rechtsparteien zu stärken.

Die Elternvertreter, jetzt "Sprecher" genannt, werden nach der neuen Verordnung gegenüber den früheren Elternbeiräten in der Wahrnehmung ihrer Elternrechte gegenüber der Schule ausserordentlich beschränkt. Die Obleute der Elternvertretungen haben nicht das Recht, von sich aus die Elternvertretung zusammenzurufen, oder auch nur die Tagesordnung der Besprechungen festzusetzen. Die Leitung der Arbeit der Elternvertretungen ist den Schulleitern übertragen worden. Gleichzeitig hat der nationalsozialistische Ministerpräsident das Wahlverfahren neu geregelt. Für die neue Art von Elternvertretungen ist das Verhältniswahlssystem abgeschafft worden. Es wird nicht mehr nach Listen weltanschaulichgebundener Kandidaten gewählt, sondern die Elternschaft jeder Klasse jeder Schule wählt aus ihrer Mitte durch Zuruf oder durch schriftliche Abstimmung ihren Sprecher.

Auf Grund der neuen Verordnung fanden in den letzten Tagen die Neuwahlen zu den Elternvertretungen statt. Es liegen bisher die Wahlergebnisse aus der Stadt Dessau, den anhaltischen Städten Jessnitz, Raguhn, Coswig und aus vier grösseren Gemeinden, Kochstedt, Bobbau, Meinsdorf und Mosigkau vor. Von insgesamt 333 Elternvertreter, die in den Schulen der genannten Städte und Gemeinden gewählt worden sind, gehören 200 der Eisernen Front an, 110 sind Vertreter der Christlichnationalen und 23 sind Kommunisten. In der Stadt Dessau, wo ein Vergleich mit den letzten Elternbeiratswahlen vom 1. Juni 1930 möglich ist, stellt sich ein erheblicher Zuwachs der Elternvertreter der Arbeiterschaft heraus. Während bei den Elternbeiratswahlen vor zwei Jahren 95 Elternbeiräte der Arbeiterschaft 75 christlichen Vertretern gegenüberstanden, sind diesmal 132 Elternvertreter der Eisernen Front gegenüber 98 Christlichnationalen gewählt worden. Obwohl die neue Wahlordnung die Wahlen erschwert hat, ist das erfreuliche Ergebnis dank der ausserordentlichen Aktivität der Eisernen Front erzielt worden.

Der nationalsozialistische Ministerpräsident hat mit seiner Verordnung gegen die Elternbeiräte das Gegenteil dessen erreicht, was er erstrebte.

-----

SPD. Liegnitz, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht in Liegnitz verurteilte am Sonnabend vier Mitglieder der Eisernen Front wegen Landfriedensbruch und Raufhandel zu je drei Monate Gefängnis. Drei Reichsbannerleute und sämtliche siebzehn Nazi-Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen zwei andere Nazis, angeklagt wegen schweren Hausfriedensbruchs, musste das Verfahren eingestellt werden, da der Staatsanwalt vergessen hatte, wegen des Hausfriedensbruchs Strafanträge zu stellen.

Das Sondergericht hatte über die blutigen Vorfälle zu urteilen, die sich am 22. Juli vor und in dem Bunzlauer Volkshaus abspielten. Von einem Hitlertag in Liegnitz waren Nazis auf Lastwagen zurückgekommen. In Bunzlau stiessen sie vor dem Volkshaus auf Mitglieder der Eisernen Front. Es kam zu einer Strassenschlacht. Der vor dem Volkshaus als Wachposten stehende Reichsbannermann Schreiber wurde erschossen. Darauf drangen die Nazis in das Volkshaus ein. Zwei der freigesprochenen Angeklagten haben dies offen eingestanden. Staatsanwalt und Gericht vertraten jedoch die Auffassung, dass bei den Nazis keine Absicht des Angriffs bestanden hätte, weil sie, ermüdet vom anstrengenden Hitlertag, auf dem Heimweg waren und keine Waffen besessen hätten. Deshalb sei der Angriff auf das Volkshaus nur eine Notwehr gewesen. Wer den Reichsbannermann Schreiber erschossen habe, sei nicht festzustellen, aber es liege kein Anhaltspunkt vor, dass es ein Nazi getan habe. Von dem angeblich beim Schiessen beobachteten SS-Mann könne er nicht getroffen sein. So spräche alles dafür, dass er von seinen eigenen Parteiangehörigen erschossen worden sei.

Das Urteil und seine Begründung hat in der Arbeiterschaft und in der republikanischen Bevölkerung grosse Empörung ausgelöst.

-----  
SPD. Paris, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson ist auf der Reise nach Genf in Paris eingetroffen. Er hatte kurz nach seiner Ankunft eine längere Unterredung mit Herriot, die sich auf den weiteren Verlauf der Arbeiten der Abrüstungskonferenz bezog.

Es ist anzunehmen, dass Herriot Henderson auch über den neuen französischen Abrüstungsplan unterrichtet hat, für den bereits in der französischen Presse eine etwas übertriebene Reklame gemacht wird, um zu zeigen, dass Frankreich wirklich aufrichtig eine weitgehende Abrüstung wünscht. Dem Projekt dürfte jedoch das gleiche Schicksal beschieden sein wie allen bisherigen französischen Abrüstungsplänen. Denn, soweit man den am Sonnabens vormittag übermittelten Angaben des "Patit Parisien", die inzwischen durch Mitteilungen des Genfer Korrespondenten der "Temps" ergänzt worden sind, Glauben schenken darf, beruht auch der neue französische Abrüstungsplan wieder auf einer Verstärkung der Sicherheit. Schon die Tatsache, dass die französische Regierung zwei Vorschläge vorlegen will, beweist, dass sie selbst nicht recht an den Erfolg ihres Unternehmens glaubt. Die Hauptsorge Paul Boncours und seiner Mitarbeiter, so meint der "Temps", habe darin bestanden, für die Sicherheit eine wirkliche Definition zu finden. Zu diesem Zweck habe man eine Art Tabelle der wesentlichen Grundsätze aufgestellt, die das Sicherheitsproblem beherrschen. Die Definition, der der Artikel 8 des Völkerbundes zugrundeliegt, enthalte die notwendigen Vorbehalte über die besondere geographische Lage gewisser Länder und über die Durchführung einer Abrüstung, die mit der Landesverteidigung vereinbar ist. Es handele sich nicht um eine Definition für die Sicherheit Frankreichs allein sondern für die Sicherheit im europäischen Rahmen. Der Plan sehe dann ein allgemeines und gleichzeitiges Abrüstungsprogramm vor, das z.B. in zwei Etappen von je fünf Jahren durchgeführt werden müsse.

Da die Sicherheitsforderungen Frankreichs ohne Zweifel auf grossen Wider-

stand bei zahlreichen anderen Ländern stossen werden, wird dieser sogenannte Maximalplan wahrscheinlich hinfällig werden. Der Minimalplan wird aber eine so geringe Abrüstung vorsehen, dass mit seiner eventuellen Annahme das Ziel der Abrüstungskonferenz jedenfalls nicht als erreicht anzusehen sein wird.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die u.a. zu der Badepolizeiverordnung und der sogenannten Zwickel-Verordnung sagen, dass die letztere "in der ganzen zivilisierten Welt allgemein Heiterkeit erregt" habe. Da aber auch das öffentliche Badeleben durch die Verordnungen erschwert werde, wird gefordert, dass die Verordnungen aufgehoben werden und der Landtag Gelegenheit erhalte, entsprechend § 25 Abs. 2 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes zu den Verordnungen Stellung zu nehmen.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag kritisiert die Personalpolitik der kommissarischen preussischen Regierung u.a. mit dem Hinweis darauf, dass während des Oktober die Gehälter für zwei Staatssekretäre im Staatsministerium zu zahlen seien, weil Dr. Nobis zum 1. Oktober Staatssekretär wurde und der bisherige Staatssekretär Dr. Weismann sein Gehalt noch bis 1. November beziehe. Im Innenministerium liege ein ähnlicher Fall der Doppelzahlung bei einem Ministerialdirektor-Gehalt vor. Der Reichskommissar wird ersucht, dem Landtag anzugeben, wie hoch die Beträge sind, die für Doppelzahlungen ausgegeben werden und aus welchen Etatpositionen die Mittel genommen werden.

Ein anderer Antrag der Sozialdemokraten beschäftigt sich schliesslich mit den Behauptungen, dass bei dem nationalsozialistischen Jugendtag in Potsdam Jugendliche zu Schaden gekommen seien. Es wird Untersuchung dieser Behauptungen und Mitteilung über die getroffenen Massnahmen verlangt.

-----

SPD. Dresden, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)  
In Dresden haben die Nazis das für Sonntag angesetzte Fussball-Städte-  
spiel Dresden-Prag unmöglich gemacht.

Seit Tagen wurde von dem Dresdner Naziblatt eine wilde Hetze gegen die tschechischen Spieler getrieben und mit Drohungen gegen die ausländische Mannschaft nicht gespart. Auch deutschnationale Verbände liefen Sturm und als die Polizei erklärte, sie könne keine Garantie gewähren, dass Gäste und Gastgeber nicht belästigt würden, müsste das Spiel abgesagt werden.

Wie mögen sich die deutschen Nationalisten bei dieser Sorte Sportpolitik die Olympischen Spiele vorstellen, die 1934 in Berlin stattfinden sollen?

-----

SPD. Trotzdem der Reichstag der 6. Wahlperiode längst aufgelöst ist, hat die Reichstagsverwaltung doch noch das übliche Handbuch herausgebracht. Sie begründet das mit Recht damit, dass die Reichstagsmitglieder einen Anspruch auf dieses für sie unentbehrliche Hilfsmittel haben, nicht nur für ihre Tätigkeit bei versammeltem Reichstag, sondern auch für ihre Arbeit in den Wahlkreisen.

Bemerkenswert in dem Handbuch ist die Berufsgliederung der Abgeordneten. Wir erfahren daraus, dass die Sozialdemokratische Fraktion unter ihren 133 Mitgliedern 90 Arbeiter und Angestellte zählt. Unter den 230 Nationalsozialisten, die ausdrücklich als "Arbeiterpartei" firmieren, finden wir nur 55 Angestellte und Arbeiter, dagegen 93 Unternehmer aus städtischen und ländlichen Berufen, 13 Parteibeamte und 9 ehemalige Offiziere. Die Kommunisten führen bei 89 Abgeordneten 70 Angestellte und Arbeiter auf. Beim Zentrum ist nur

ein Abgeordneter als Arbeiter angegeben, die Deutschnationalen und alle anderen bürgerlichen Parteien zählen überhaupt keine Arbeiter und Angestellte in ihren Reihen.

Aus dieser Aufstellung für den 6. November die Folgerung zu ziehen ist Sache der Wähler aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten. Bei allen bürgerlichen Parteien, mit Einschluss der Nationalsozialisten, werden die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten nur als Stimmvieh behandelt. Die Sozialdemokratische Partei bringt jedoch schon durch die Zusammensetzung ihrer Reichstagsfraktion zum Ausdruck, dass sie auch künftig das bleiben will, was sie bisher war: Die Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung!

-----

SPD. Paris, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Skandal in der französischen Luftschiffahrt wächst sich immer mehr zu einem wahren Kriminalroman aus. Durch die Enthüllungen des Journalisten Collin ist die Affäre so verwirrt worden, dass sich überhaupt niemand mehr zurecht findet.

Der Direktor der Aero Postale, Bouilloux-Lafont, hat die Behauptung Collins, dass er der Urheber der falschen Dokumente sei, natürlich energisch bestritten. Er hat einem Vertreter des "Paris Soir" erklärt, dass die Behauptung schon deswegen falsch sei, weil Collin überhaupt keinen Beweis für seine Anschuldigungen habe erbringen können. Ausserdem wäre es klar, dass, wenn er, Bouilloux-Lafont die Fälschungen diktiert hätte, er das so getan haben würde, dass sie unkontrollierbar wären. Collins weitere Behauptung, er habe für seine Tätigkeit nur das Versprechen erhalten, bei der Aero Postale später angestellt zu werden, beweise allein schon den Wert seiner Aussage. Collin habe im ganzen etwa 50 000 Franken von ihm erhalten. Unter diesen Bedingungen werde die Angelegenheit für ihn immer schleierhafter und er begreife nicht das Ziel, das Collin verfolge.

Die nationalistische "Liberté" hält gegenüber den Ansichten verschiedener Linkszeitungen die Glaubwürdigkeit Bouilloux-Lafonts für erwiesen und stellt daher auch die Beteiligung des zweiten Büros des Generalstabs in einem ganz anderen Lichte dar. Nach Ansicht dieser Zeitung ist auch der Generalstab dem Schwindel Collins auf den Leim gekrochen. Es sei leider nicht zu vermeiden, erklärt das Blatt, "dass Spionagebüros zu gewissen Zwecken die Mitteilungen zweifelhafter Personen benutzen, aber dass es in einem derartigen Falle gelungen ist, übersteige alle Einbildungskraft". Diese Affäre erinnere in zahlreichen Einzelheiten an die Dreyfus-Affäre. Es sei daher nicht ausgeschlossen, dass man unter diesen Machinationen eines Tages die Geheimtätigkeit der deutschen Spionage entdecke. Jedesmal, so fügt das Blatt hinzu, wenn Deutschland den Krieg gewollt hat, habe es damit angefangen, die französische Verteidigung zu unterminieren und vor allem den Nachrichtendienst zu treffen.

-----

SPD.-Genf, 8. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der seit langem sehr heftig geführte Kampf um eine Reform der Leitung des Völkerbundssekretariats dürfte nunmehr vor dem Abschluss stehen.

In dem kleinen Komitee, das zur Beratung der Reformen eingesetzt worden war, kam am Sonnabend unter Führung des ausscheidenden Generalsekretärs Sir Eric Drummond eine Entschliessung zur Annahme, nach der künftig der Generalsekretär und sein Stellvertreter nicht mehr aus Angehörigen der ständigen Ratsmächte erwählt werden dürfen. So würde die Möglichkeit bestehen, neben dem Vertreter einer Grossmacht den einer kleineren Macht zu bestellen, wobei auch der Generalsekretär selbst durchaus einer kleinen Macht angehören könnte. Ausserdem soll nach dem Beschluss der Kommission die Zahl der Untergeneral-



sekretäre um einen auf vier erhöht werden, weil durch die beschlossene Reform der Leitung des Generalsekretariats der Vertreter einer kleinen Macht in die bisherige Reihe der drei Untergeneralsekretäre eingeschoben werden dürfte. Die kleineren Staaten haben sich einverstanden erklärt, dass nach ihrer Beseitigung in der höchsten Leitung alle übrigen hohen Posten von den ständigen Ratsmächten besetzt werden. Der neue Generalsekretär soll auf 10 Jahre, sein Stellvertreter auf 8 Jahre und die anderen Untergeneralsekretäre sollen auf 7 Jahre gewählt werden. Um eine gerechte Verteilung der Ämter unter Berücksichtigung aller Staaten herbeiführen zu können, sollen in der Zahl der Generalsekretäre, Untergeneralsekretäre und Direktoren künftig nur höchstens zwei Vertreter des gleichen Landes erscheinen.

Die Entscheidung über diesen Plan, der sich in Einzelheiten wohl noch etwas ändern kann, in seinen Grundlinien aber bestehen bleiben dürfte, wird am Montag fallen.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

## Der Gelehrtschreibtisch.

### Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Die Menschen sollen von den Katzen lernen, wie man durch Elektrizität zu Schlaf gelangt. Im Physiologischen Institut der Universität Zürich machte man die Versuche. Ohne der Katze Schaden zu tun oder ihre Lebensfähigkeit zu beeinträchtigen, führte man durch winzige Schädelöffnungen dünne Drähte zu der Hirnstelle, die für das Zustandekommen des Schlafes verantwortlich gemacht wird; bis zum Boden des dritten Hirnventrikels. Dann leitete man einen schwachen elektrischen Induktionsstrom in die Drähte. Als bald gab das Tier seine Müdigkeit zu erkennen. Die bei menschlicher Annäherung meist scheue Katze liess alles mit sich geschehen, legte sich auf die Seite und verfiel in Schlaf. Sie schlief wirklich und war nicht etwa betäubt. Sie benahm sich völlig wie eine schlafende Katze, kratzte zum Beispiel ihre Ohren, wenn man diese kitzelte, und bewies auch durch gelegentlich auftretende andere Erscheinungen, etwa Krämpfe, die durch Berührung einer falschen Hirnstelle ausgelöst wurden, dass es sich um einen echten Schlaf handelte. Unterbrach man die Stromzufuhr, so wachte die Katze nach einiger Zeit auf und zeigte die den Übergang vom Schlag zum Wachen bezeichnende Vergrösserung der Pupille. Die Bedeutung dieser Versuche liegt zunächst darin, dass sie die letzten Zweifel über die schlafgebende Hirnstelle beseitigen.

Welche Körperzellen verschulden das Sterben, indem sie zuerst versagen und dadurch den Zusammenhang des Organismus unterbrechen, die komplizierten oder die einfachen Zellen? Die zusammengesetzteren scheinen es nicht zu sein. Zu ihnen gehören zum Beispiel die der Regenbogenhaut des Auges. Es gelang, solche einem Huhn entnommene Zellen ausserhalb ihrer natürlichen Umgebung, nämlich auf künstlichem Nährboden, mehr als zwei Jahrzehnte lang am Leben zu erhalten. So alt wird kein Huhn, wenn man es dem Suppentopf vorenthält. Die einfachen Zellen scheinen aber an sich auch nicht bestimmt zu sein, das Sterben einzuleiten. Die einzelligen Lebewesen, die im Bau und in ihrer Lebensweise den einfachen Zellen des Organismus gleichen und sich wie diese durch Teilung vermehren, erscheinen durchaus für ein langes Dasein bestimmt. Zwei Forscher, Belar und Hartmann, züchteten Einzeller mehr als ein halbes Menschenalter lang und zwar durch 7000 Geschlechter, ohne, wie sie soeben bekanntgeben, Zeichen von Altern wahrzunehmen. Wahrscheinlich entwickeln sich im lebenden Zusammenhang der Zellen Stoffe, deren Ansammlung die Lebensfähigkeit unterbindet und schliesslich zum Tode führt.

Dass ein Heuhaufen von selbst in Brand geraten könne, wird immer wieder in Zweifel gezogen, obgleich Fachleute an den bündigen Beweis, dass es recht wohl der Fall sein könne, viel Fleiss und Scharfsinn verwendeten. Die wissenschaftliche Untersuchung der in lagerndem Heu vor sich gehenden, zu Bränden führenden Vorgänge geriet in Fluss, als einem bekannten Münchener Anthropologen, der zugleich Gutsbesitzer war, ein Heuschuber abbrannte, ohne dass eine andere Ursache als Selbstentzündung in Frage kam. Der gelehrte Landwirt erhitzte unter Luftabschluss einen Heupropfen, bis das Heu verkohlte. Wenn er es

dann der freien Luft aussetzte, begann es lichterloh zu brennen. Nach neuen Feststellungen von Laupper-Zürich, einem Spezialisten für dieses Gebiet, entwickeln sich in Heuhaufen, übrigens auch in Massen ölgetränkter Putzlappen, die zuweilen gleichfalls schwer erklärliche Brände hervorrufen, Gase. Unter ihrer Wirkung und der des gesteigerten Druckes verkohlen einige Teile der aufgehäuften Heu- und Stoffmasse. Durch kleinere oder grössere Kanäle dringt Frischluft in das Innere und schliesslich bricht explosionsartig Feuer aus. Die eigentliche Entzündung ist nach Laupper an "pyrophor" d.i. feuerbildend wirkende Stoffe, etwa Ammoniumnitrat, gebunden. Als Gegenmassnahme wird empfohlen, das Heu morgens zu mähen und in kleinen Schobern, etwa 4 mal 4 mal 5 m gross, aufzubewahren.

+

Man hört allerlei von Wettervorhersagen auf lange Sicht, aber es ist nicht allgemein bekannt, welche wissenschaftliche Bewandnis es hiermit hat. Seit 1929 besteht in Frankfurt am Main die vom preussischen Landwirtschaftsministerium gegründete "Staatliche Forschungsstelle für langfristige Witterungsvorhersage". Zunächst sucht man hier zu ermitteln, wie voraussichtlich das Wetter in den nächsten drei bis sechs Tagen sein werde. Es lässt sich aber auch, freilich mit grösserer Unsicherheit, der Versuch machen, aus bewährten Grundlagen das Wetter für einen längeren Zeitraum "vorherzusagen". Was der Himmel uns in den nächsten paar Tagen beschert, wird aus der Wetterstatistik der Vergangenheit erschlossen. Die Vorhersage auf lange Sicht richtet sich nach den Schwankungen der Sonnenstrahlung, deren Bedeutung für das Wetter neuerdings besonders durch Professor Franz Baur in München erforscht wurde. Kurzvorhersagen haben erfahrungsgemäss 80 % Treffer. Was ist erheblich mehr, als man nach dem landläufigen scherzhaften Urteil über die Wetterpropheten meinen sollte.

S. J. -y.

+

+

+

Mordverdacht. In Höhenkirchen (Oberbayern) wurde der aus München stammende Immobiliengeschäftsinhaber Johann Danner unter Mordverdacht in Haft genommen. Danner meldete auf der Gendarmeriestation Höhenkirchen, dass sich seine Freundin in der Nähe des Ortes erschossen habe. Die Tote wurde zwar an der bezeichneten Stelle gefunden. Er besteht jedoch der Verdacht, dass sie von Danner erschossen worden ist.

+

+

+

Nordheimsund abgebrannt. Das im Hardanger Fjord gelegene norwegische Städtchen Nordheimsund ist durch Grossfeuer fast restlos eingeäschert worden.

+

+

+

Bankier verhaftet. Wegen umfangreicher Verstösse gegen die Devisenverordnung wurde der Berliner Bankier Heinrich Dietrichs, Vorstand der im Jahre 1928 gegründeten Allgemeinen Kredit- und Depositenbank A.G. Unter den Linden 19, verhaftet. Unter der gleichen Beschuldigung wurde der Bankreissier Robert Colmer in Haft genommen. Sie sollen für etwa 1/2 Million Mark Effekten verschoben haben.

+

+

+

Landjäger niedergeschossen. In der Nähe von Holtkamp (bei Bielefeld) beschossen drei Radfahrer einen Oberlandjäger. Er hatte die Radfahrer anhalten wollen, weil sie ohne Licht fuhren. Der Oberlandjäger erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

+

+

+

Freigesprochen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmundt von der Staatsanwaltschaft I Berlin wurde nach einem längeren Disziplinarverfahren vom Preussischen Dienststrafhof freigesprochen. Ende 1929 war Dr. Wasmundt wegen seiner Beziehungen zu den Sklareks vom Amte suspendiert worden.

+

+

+

Schlag gegen Autodiebe. Das Autodiebstahls-Dezernat der Berliner Kriminalpolizei stellte im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verhaftung des Schwindlers Georg Rindfleisch fest, dass die Rindfleisch-Bande im ganzen etwa 300 Berliner Privatautos gestohlen hat. Die Wagen wurden jeweils in einer Garage in Berlin-Steglitz umgearbeitet und dann nach deutschen Grosstädten verschoben. Haupt und Organisator der Diebstahlsbande ist allem Anschein nach der 48 Jahre alte Paul Kehne aus Berlin-Lichterfelde. Kehne ist flüchtig.

Man kam der Bande durch einen Zufall auf die Spur. Rindfleisch, der wegen einer Wechselfälschung noch eine Strafe abzusitzen hat, miete sich eines Tages unter falschem Namen in einem Hause in Berlin-Steglitz ein. Ein Kriminalbeamter, der ihn beobachtete, stellte fest, dass Rindfleisch einer Steglitzer Autogarage besonders häufige Besuche abstattete. Als sich der Kriminalbeamte für die Garage interessierte entdeckte er die Einrichtung einer geradezu vollendeten Auto-Fälscherwerkstatt. Für alle beim Umarbeiten von Autos vorkommenden Arbeiten waren Spezialmaschinen vorhanden: Apparate zur Anfertigung gefälschter Stempel, Schleifmaschinen zur Beseitigung von Markenschildern und Fabriknummern, Zubehörteile usw. Auch in "kaufmännischer" Beziehung war Rindfleischs Bande auf der Höhe: u.a. fand man eine Kartothek von Autobesitzern, deren Wagen gestohlen werden sollten. Um sich in den Besitz dieser Autos zu setzen, arbeitete die Bande mit allen möglichen Tricks. So wurde einmal ein Arzt zum Besuch einer schwerkranken Frau aufgefordert; während er die angeblich im IV. Stockwerk wohnende Patientin aufsuchte, wurde sein vor dem Hause wartender Wagen gestohlen. Wenn die Autos bis zur Nichtwiedererkennbarkeit umgearbeitet waren, wurden sie von Rindfleisch, Kehne oder dem inzwischen gleichfalls verhafteten Walter Klewicz in die Provinz gefahren. Die Hamburger und Magdeburger "Vertrauensleute" der Bande sind inzwischen ebenfalls festgenommen worden; weitere Verhaftungen stehen bevor.

+ + +  
Arthur Kahane †. Nur wenige Monate nach Vollendung seines 60. Lebensjahres verstarb am Sonnabend in Berlin Arthur Kahane, seit 30 Jahren der erste Dramaturg Max Reinhardts. Ein tiefgütiger und weiser Mensch, ein tatkräftiger Förderer des dichterischen schauspielerischen Nachwuchses und ein glänzender Schriftsteller ist mit dahin gegangen. Sein Wirken vollzog sich stets im Hintergrund, es war deshalb nicht weniger wichtig.

+ + +  
Amtsgerichtsrat erschossen. Im Gebäude des Amtsgerichts der Stadt Lübben bei Frankfurt a.d. Oder hat am Sonnabend der 71jährige Landwirt August Woelke den Amtsgerichtsrat Dr. Tiek nach kurzem Wortwechsel erschossen. Der greise Täter ist ein alleinstehender verschuldeter Besitzer von einem 30 Morgen grossen Gut. Prozesse und Rechtsstreitigkeiten mit erbberechtigten Verwandten seiner verstorbenen Frau stürzten ihn immer tiefer in Schulden, sodass der Besitz des alten Mannes unter den Hammer kommen sollte. Woelke hatte bereits einmal erreicht, dass die Zwangsversteigerung durch Amtsrichter Tiek hinausgeschoben wurde. Wahrscheinlich war Woelke am Sonnabend mit der gleichen Bitte zu Dr. Tiek gekommen, diesmal aber abschlägig beschieden worden. Deshalb die blutige Tat, des 71jährigen, der bereits einmal in einer Irrenanstalt war.

## Schacht Reichskommissar?

Ein Arbeitsloser soll eingestellt werden.

SPD. Die Regierung Papen hat ihre Sorgen. So zerbricht sie sich gegenwärtig den Kopf darüber wie die Arbeitslosigkeit des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu beheben ist. Schacht, der sich vom Verständigungspolitiker während des Krieges und vom Demokraten in ganz kurzer Zeit so weit nach rechts entwickelte, dass er der Harzburger Tagung der Nazis und der Hugenberg im vorigen Jahr den finanziellen Segen erteilen konnte, besteht auf Einschaltung und es erscheint der Regierung von Papen klug zu sein, diesen impulsiven Geist irgendwo unterzubringen, anstatt ihn im Lande Stunk machen zu lassen. Das Kritisieren anderer hat Schacht ja immer meisterhaft verstanden.

Die grosse Frage ist nun die, wo Schacht landen soll? In der Reichsbank herrscht Herr Dr. Luther, mit dem Hugenberg wohl seinen Frieden gemacht haben dürfte. Luther denkt auch nicht daran zu gehen. So muss für Schacht eben etwas anderes gefunden werden. Nun steht die Reichsregierung vor einer Fülle von Aufgaben, die schon eine Arbeitskraft wie die des Herrn Schacht ausfüllen können. Da sind zunächst die vom Reich subventionierten Betriebe. Die hoch bezahlten Generaldirektoren haben hier versagt. Sie haben sich als unfähig erwiesen auch nur einigermaßen Ordnung zu schaffen. Ein Reichskommissar ist hier schon notwendig, um eine annehmbare Wirtschaftsführung wieder herzustellen. Herr Flatow, den die Reichsregierung unbedingt zur Sanierung der Schwerindustrie nach Westfalen schicken zu müssen glaubte, kommt nicht vom Fleck und die Öffentlichkeit verfällt mit der Zeit auf alle möglichen Kombinationen, denen entgegentreten für die Regierung nur ratsam ist, indem sie die Reorganisation der Schwerindustrie endlich in Fluss bringt. Des andern gibt es da die deutschen Grossbanken und viele kleine Banken, in denen das Reich Hunderte von Millionen Mark stecken hat. Hier ist seinerzeit schon die Einrichtung des Bankenkommissars geschaffen worden. Den Posten nahm Dr. Ernst vom preussischen Handelsministerium ein, der aber nach der Wendung der Dinge in Preussen die Leitung des preussischen Handelsministeriums übernommen hat. Er soll sich deshalb seiner Aufgabe bei den Banken nicht mehr derart widmen können, wie das notwendig erscheint. Die Frage des Nachfolgers ist also akut. Zu guterletzt stehen die Verhandlungen über die Verlängerung bzw. Neugestaltung der Stillhalteabkommen bei den ausländischen Schulden bevor. In der Regierung Papen denkt man daran, Schacht für eine dieser Aufgaben einzuspannen. Schacht scheint dagegen die Forderung erhoben zu haben, alle drei Gebiete in seiner Hand zu vereinigen. Schacht würde dann, wenn das Kabinett nachgibt, wieder mal Reichskommissar wie im Jahre 1923, der es wohl verstehen wird, seinen Einfluss, so weit dieser nicht von vornherein gegeben ist, auszubauen.

Die Öffentlichkeit wird über eine derartige Mission des Dr. Schacht wesentlich anders denken als das Kabinett Papen. Man würde, wenn man Schacht zum Reichskommissar bestellt, die Lösung vieler Aufgaben an einen Mann knüpfen, der nicht die geringste Gewähr gibt, dass sie durch ihn so gelöst werden, wie das im Interesse der Allgemeinheit und des Reichs erforderlich ist. Wir denken dabei zunächst an die subventionierten Betriebe, insbesondere an die Schwerindustrie. Die extreme privatwirtschaftliche Einstellung Schachts

ist bekannt. Er wird alles tun, damit auch nicht der Schein aufkommen kann, dass das Reich, die öffentliche Hand, Einfluss auf die Industrie, die mit Steuergeldern ausgehalten wird, nimmt. Wenn man einen Mann sucht, der die Privatindustrie auf Kosten des Reiches saniert, dann scheint uns Schacht allerdings der richtige Mann zu sein.

Grotesk liegen die Dinge gerade bei den Stillhalteverhandlungen, wobei es darum geht, dass unsere Auslandsgläubiger unter möglichst günstigen Bedingungen für Deutschland auf den Abruf ihrer bei deutschen Banken eingefrorenen Kredite absehen. Diese ganze Stillhaltekalamität, die ganze Katastrophe mit den kurzfristigen Krediten vom vorigen Jahr sind schliesslich Fehler einer falschen Politik, die Schacht als Reichsbankpräsident und bei der Regelung der Auslandsanleihen getrieben hat. Schacht war es, der den Gemeinden die Möglichkeit, langfristige Kredite aufzunehmen, abschneidet. Er drängte sie, wahrscheinlich auf Grund wirtschaftspolitischer Ueberlegungen, auf den Weg der kurzfristigen Kredite, der sich so fürchterlich für Deutschland gerächt hat. Er stellte es dagegen den Privatbetrieben frei, sich beliebig mit Auslandskrediten einzudecken. Eine Kontrolle bei der Kreditaufnahme durch die privaten Konzerne hat Schacht mit der Begründung abgelehnt, dass es sich hier um etwas ganz anderes handle als bei den kommunalen Krediten. Bei den kommunalen Krediten ginge es um Steuergelder, die privaten Betriebe müssten aber für sich selbst geradestehen. Es handle sich hier um eigenes Geld. Das wäre die beste Sicherung.

Wie sehr sich Herr Dr. Schacht geirrt hat, beweist heute der Zustand unserer grossen Konzerne und unserer Banken, die das Reich mit hunderten von Millionen Mark stützen muss. Wir glauben, man hätte genug von Dr. Schacht. Im übrigen würde ein Reichskommissar gerade für die Frage der Auslandsanleihen ganz automatisch in die Reichsbankpolitik eingreifen müssen. Das wäre sicherlich nicht nützlich. Man sagt ja allerdings, es wäre zweckmässig, wenn man die Reichsbank aus den Verhandlungen über die Auslandsverschuldung herausnähme. Die Dinge sind aber so eng verfilzt, dass man die Reichsbank nicht ausschalten kann. Und zwei Reichsbankpräsidenten, Luther und Schacht, zwei Männer, die schon ihre eigenen Köpfe haben, sind ein unerträglicher Zustand. Schliesslich haben wir schon genug Scherben in Deutschland.

-----

SPD. Der Abschluss des Klößner-Konzerns für das Jahr 1931/32, der einen Gesamtverlust von fast 10,5 Millionen Mark vorsieht, kann bei der notwendig gewordenen Sanierung auf den wohlgefüllten Reservefond zurückgreifen. Die Herabsetzung des Aktienkapitals um 5 auf 105 Millionen Mark wird aus dem Reservefond gedeckt. Der Reservefond gibt auch weitere 7,5 Millionen Mark her, sodass nur etwa 3 Millionen Mark als Verlust vorgetragen zu werden brauchen. Ob damit die Sanierung bei Klößner endgültig ist, muss bezweifelt werden. An Wertpapieren und Beteiligungen sind nur 370 Millionen Mark abgeschrieben worden. Andere Beteiligungen, die unrentabel geworden sind, hat man mit Abschreibungen verschont. Diese sogenannten Dauerbeteiligungen sind aber die Hauptbeteiligungen bei Klößner. Man kann annehmen, dass man mit den bei Klößner getroffenen Massnahmen nicht eine Bewertungsgrundlage gefunden hat, die sich kommenden Ereignissen gewachsen zeigt.

Interessant sind auch die Ausführungen im Klößner Bericht über die Selbstkosten. Es wird darüber gesagt, dass die Selbstkosten so weit gesenkt sind, dass schon eine geringe Produktionszunahme genüge, um entsprechende Auswirkungen auszulösen. Das ist derselbe Optimismus, wie ihn u.a. auch Fritz Thyssen gegenüber dem Stahlverein geäussert hat. Im übrigen zeigen diese Ausführungen, dass ein weiterer Lohnabbau, wie er immer wieder von der Schwerindustrie verlangt wird, keinen Sinn hat. Nach dem Geständnis der In-

industrie liegen die Selbstkosten heute schon so niedrig, dass bei einer weiteren Drosselung nichts mehr zu erreichen ist. Alles hängt davon ab, ob man eine Produktionszunahme erzwingen kann. Mit weiterem Lohnabbau stemmt sich aber die Schwerindustrie gegen eine Produktionszunahme.

SPD. Die in Holland infolge der deutschen Kontingentierungspolitik entstandene Verbitterung scheint der holländische Kohlenbergbau jetzt ausnutzen zu wollen, um die schon seit längerer Zeit erhobene Forderung nach einer Kontingentierung der deutschen Kohleneinfuhr zu verwirklichen. Auf einer Wirtschaftsbesprechung in Amsterdam machten die holländischen Gruben den Vorschlag, die Einfuhr deutscher Kohle zu begrenzen. Um den Kohlenhändlern diese Kontingentierung schmackhaft zu machen, versprechen die holländischen Gruben, dass als Folge der Kontingentierung keine Preissteigerung eintreten werde. Daneben läuft ein anderer Plan, wonach rund 40 000 deutsche Bergleute, die heute in Holland tätig sind, durch Polen und Belgier ersetzt werden sollen.

Hinsichtlich der Verhandlungen mit Italien nimmt man in Berliner Regierungskreisen an, dass bereits am Montag mit positiven Ergebnissen zu rechnen sei. Allem Anschein nach bezieht sich dieser Optimismus aber nur auf das Devisenabkommen mit Italien und nicht auf die deutsche Kontingentierung.

Auch aus Rom scheint die deutsche Kommission mit leeren Händen zurückzukommen. Die Kontingentierungskommission hatte ursprünglich vor, von Rom nach Paris und Kopenhagen zu reisen. Nach dem katastrophalen Schlag im Haag und in Rom scheint man sich aber in Berliner Regierungskreisen mit dem Gedanken vertraut gemacht zu haben, die Kommission erst nach Berlin zur mündlichen Berichterstattung zurückzurufen. Unter Umständen kann das die Liquidierung der von Anfang an unglücklichen Aktion bedeuten.

Fester bei geringem Umsatz.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Okt.)

SPD. Die feste Stimmung des Vortages konnte sich auch am Sonnabend an der Berliner Produktenbörse behaupten. Roggen und Weizen waren in geringem Umfang angeboten, sodass die Kurse weiter heraufgesetzt werden konnten. Auf diese Weise gewannen beide Brotgetreidearten im Handel mit prompter Ware  $1\frac{1}{2}$  Mark, während am Markte der Zeitgeschäfte Weizen etwa 1 Mark, Roggen 1 bzw.  $1\frac{1}{2}$  Mark gewannen. Dabei hielt sich jedoch die Umsatzstätigkeit in engen Grenzen, zumal für den Export keinerlei Nachfrage bestand. Am Mehlmarkt zeigte sich zwar wachsendes Interesse der Käufer, ohne dass es jedoch zu grösseren Abschlüssen kam.

	7.10.		8.10.	
	(ab märkische Station in Mark)			
Weizen	201 - 203	202 $\frac{1}{2}$	-	204 $\frac{1}{2}$
Roggen	155 - 157	156 $\frac{1}{2}$	-	158 $\frac{1}{2}$
Bräugerste	174 - 184	174	-	184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167	-	173
Hafer	135 - 140	135	-	140
Weizenmehl	25,50 - 28,75	25,50	-	28,75
Roggenmehl	20,25 - 22,75	20,25	-	22,75
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40	-	9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40	-	8,80

# Gewerkschaftliche Rundschau

Regiment der Willkür.

Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahn.

SPD. Das erbitterte Ringen der Gewerkschaften mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn zur Erhaltung der Arbeitsstellen für Tausende von Eisenbahnern ist nunmehr zu einem Abschluss gekommen. Zu einem sehr wenig befriedigenden Abschluss! Es ist daher an der Zeit, jetzt das Ergebnis dieses vielfach dramatisch verlaufenen Ringens um Brot und Arbeit im Zusammenhang zu beleuchten.

Schon im Frühjahr prophezeiten die Personalreferenten der Hauptverwaltung, im Herbst würden mindestens 30 000 Bahnunterhaltungsarbeiter entlassen; der Rückgang der Einnahmen zwingt dazu. Im Frühsommer stieg die Zahl der von Arbeitslosigkeit bedrohten Eisenbahner bei der Bereinigung des Etats bereits auf 40 000, und im Juli waren nach weiter Etatdrosselung angeblich plötzlich rund 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter überzählig.

Der Einheitsverband der Eisenbahner wie der Hauptbetriebsrat haben rechtzeitig der Hauptverwaltung durchaus brauchbare Vorschläge zur Vermeidung der drohenden Entlassungen gemacht. Diese Vorschläge sahen im wesentlichen so aus: Allein in diesem Jahr wurden 1800 Kilometer Gleisumbau und der Einbau von rund 9 000 Weichen zurückgestellt. Die Umbaustoffe waren vorhanden; nur der reine Arbeitslohn war flüssig zu machen. Rechnet man mit der Hauptverwaltung für 1 Kilometer Gleisumbau 1800 und für die Weiche 60 Tagewerke, so hätten die 52 000 überzähligen Arbeiter allein mit diesen Arbeiten rund 3 Monate beschäftigt werden können. An Lohnausgaben wären hierdurch im ungünstigsten Fall 22,5 Millionen aufzubringen gewesen. Die Hauptverwaltung hätte also ruhig den Versuch machen können, bei der Reichsregierung die fehlenden Mittel zu erhalten. Die Hauptverwaltung hat abgelehnt. Sie hat sogar erklärt, dass selbst wenn die Reichsregierung Mittel zur Verfügung stelle, die Reichsbahn doch nicht mehr Arbeiter beschäftigen könne, da andere Ausgaben dringlicher wären. Der Einheitsverband forderte weiter, die Arbeitszeit der 180 000 Betriebs- und Verkehrsarbeiter von 54 auf 48 Stunden zu kürzen. Dadurch hätten mindestens 16 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können, ohne dass nennenswerte Mehrausgaben entstanden wären. Die Hauptverwaltung lehnte ab. Sie will die Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst nicht kürzen, weil damit einer Forderung der Gewerkschaften auf die 48-Stundenwoche Rechnung getragen würde. Der Einheitsverband forderte schließlich Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter. Dadurch hätten rund 6 000 Arbeitsplätze freigemacht werden können. Die Hauptverwaltung lehnte ab. Eine solche Pensionierung könne nicht in Frage kommen, weil damit Mehrausgaben verbunden seien. Gewiss wäre damit eine gewisse Belastung der Reichsbahnfinanzen verbunden gewesen. Auf der andern Seite kann aber doch auch ein Arbeitgeber, der noch einen Funken Mitgefühl hat, nicht übersehen, was für Lasten den Eisenbahnarbeitern dadurch auferlegt werden, dass man sie an ihrem Lebensabend durch Entlassung um die Früchte ihrer Lebensarbeit betrügt. Jahrzehnte lang nimmt man den Arbeitern riesig hohe Beiträge ab, und kurz vor der Pensionierung erhalten dann diese Arbeitsleute, die für die Sicherung ihres Lebensabends hungerten, plötzlich lediglich einige Bettelpfennige zurückgezahlt und alle ihre Rentenansprüche sind dahin. So etwas nennt man Ausplünderung.



Die Reichsbahnhauptverwaltung wollte nicht. Das war längst klar zu erkennen. Trotzdem liessen die Gewerkschaften nicht locker und die Hauptverwaltung kam in eine schwierige Lage, als es gegen ihren Willen den Gewerkschaften gelang, bei der Reichsregierung Mittel für zusätzliche Arbeiten flüssig zu machen. Die Reichsregierung hat der Hauptverwaltung die Verkehrssteuern erlassen. Damit standen der Reichsbahn 180 Millionen Mark zur Verfügung. Aber auch jetzt bequeme sie sich erst unter dem Druck der Reichsregierung dazu, einen verschwindend kleinen Teil dieses Betrages für zusätzliche Arbeiten bereitzustellen, nämlich in dem Umfang, dass 24 000 Arbeiter für die Zeit von zwei Monaten beschäftigt werden können. Das ist nur der ganze Beitrag der Reichsbahngesellschaft zur Vermeidung des Abbaus der Eisenbahnarbeiter. Trotz der von der Regierung bereitgestellten Mittel und in schreiendem Gegensatz zu dem vom Verwaltungsrat grossprecherisch verkündeten Ankurbelungsprogramm der Reichsbahn wurden zunächst einmal sämtliche angeblich zu viel vorhandenen 52 000 Bahnunterhaltungsarbeiter restlos entlassen. 22 000 Arbeiter Eisenbahner fliegen sofort auf die Strasse, nur für 24 000 Arbeiter gibt es noch eine Galgenfrist von zwei Monaten, und nur dem Umstand, dass die halbverhungerten Bahnunterhaltungsarbeiter jetzt auch noch gezwungen werden, eine Fetterschicht pro Woche auf sich zu nehmen, ist es zu verdanken, wenn 6 000 Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeit für die Wintermonate finden. Von den 180 Millionen Mark, die der Reichsbahnverwaltung aus der erlassenen Verkehrssteuer zufließen, werden ganze 5,9 Millionen für Gleis-erneuerungsarbeiten aufgewandt.

Das also ist die Arbeitserhaltung des grössten deutschen Arbeitgebers vor dem Eintritt des Winters, Aber damit noch nicht genug. Der grösste deutsche Arbeitgeber bringt es fertig, dass die Arbeiter, die noch zwei Monate weiter beschäftigt werden, nur noch als Zeitarbeiter, d.h. nicht mehr zu den tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen eingestellt werden. Diese Arbeiter müssen sich schon bei der neuen Einstellung verpflichten, dass sie ohne Widerspruch in spätestens 3 Monaten ausscheiden. In einer Verfügung hat die Hauptverwaltung sogar angeordnet, dass Arbeiter, die gegen ihre Entlassung Einspruch erhoben und unwillige geltend gemacht haben, nicht eingestellt werden dürfen. Das ist geradezu eine Teufelei. Man will so verhindern, dass die Verwaltung unter Umständen von den Arbeitsgerichten zur Wiedereinstellung verurteilt wird. Statt die Entlassungen mindestens für die 30 000 benötigten Arbeiter nicht erst akut werden zu lassen, peinigt man diese Arbeiter bis aufs Blut. Satte Reichsbahndirektoren, die doppelt und dreifach so viel Einkommen haben als gleichartige Reichs- und Staatsbeamte, schikanieren ausgehungerte Arbeiter.

Die Reichsbahn hat - immer wieder sagt es ihre Hauptverwaltung - kein Geld. Nein, für die armen Arbeiter hat sie kein Geld. Nur Mut, traurigen Mut, hat sie gegenüber diesen armen Arbeitern, die um ihre Arbeitsstelle zittern. Für die Anpassung der Gehälter der Reichsbahnbeamten an die der Reichsbeamten fehlt ihr die Courage. Ihr Mut ist nur der Mut der satten Herzlosigkeit.

SPD. Der Lohnkampf der niederschlesischen Metallindustrie ist beendet. Der Abschluss des Kampfes bringt den Belegschaften eine Kürzung des Lohns um  $\frac{1}{2}$  bis  $1\frac{1}{2}$  Pfennig und eine Senkung der Akkordsätze um  $\frac{1}{2}$  bis 1 Pfennig. Die Neuregelung, die von beiden Parteien angenommen wurde, hat Gültigkeit bis Ende Januar.

Die Wiederaufnahme der Arbeit geht nur langsam vonstatten. In der Karls- hütte in Waldenburg kehrte die Arbeiterschaft geschlossen in den Betrieb

zurück. Am Mittwoch begeben sich die letzten Streikenden wieder an ihre Arbeitsplätze.

Die Bemühungen der Unternehmer, mit Streikbrechern den Betrieb weiterzuführen, waren ohne Erfolg. Auch der Versuch des Arbeitgeberverbandes der niederschlesischen Metallindustrie, Studenten technischer Hochschulen als Streikbrecher zu benutzen, ist gescheitert. Nur aus Goslar kamen einzelne Studierende, aber auch diese kehrten sofort wieder um, als sie erkannten, welche Rolle ihnen zugedacht war.

-----

SPD. Die Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke, des grössten Metallbetriebs von München, ist in Streik getreten. Die Betriebsleitung hat durch Anschlag bekannt gegeben, dass die Löhne für die 31. bis 40. Stunde um 20% und die Akkordverdienste für die gleiche Zeit um 18% gekürzt werden sollen. Da die Direktion sich unnachgiebig zeigte, beschloss eine Betriebsversammlung gegen eine ganz kleine Minderheit von 5 Leuten die sofortige Arbeitseinstellung. Daraufhin erklärte die Betriebsleitung, jeder Arbeiter, der am kommenden Montag die Arbeit nicht wieder aufnehme, sei entlassen.

-----

SPD. Für die Herrenkonfektion haben die Tarifverhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifs ab 1. November geführt. Für das Mantel- und das Lohnabkommen hatten die Arbeitgeber ganz unmögliche Verschlechterungen angemeldet. Sie drangen damit nicht durch. Für den Urlaub wollten sie z.B. nur 6 Tage als Höchstmass gewähren. Er wurde in der Spitze jedoch nur von 12 auf 10 Tage herabgesetzt. In der Lohnfrage hatten die Arbeitgeber einen Abbau von 15% für die Arbeiter und für 20% für die Zuschneider gefordert. Der Abbau für die Arbeiter beträgt 5% und der für die Zuschneider 8%. Die Löhne in der Lodenkonfektion wurden um 5% gekürzt. Die gleiche Kürzung tritt unter bestimmten Voraussetzungen in der Massenkonfektion bei Vergebung an Zwischenmeister ein.

Im wesentlichen sind die grundsätzlichen Forderungen der Arbeitgeber zurückgewiesen worden. Im Lohn wollten sie das Niveau nach unten gleich machen. Wenn sie auf ihren Forderungen bestanden hätten, wäre es nicht zum Abschluss eines Reichstarifs gekommen.-

Der Reichstarifvertrag für die Herren- und Damenmassschneiderei ist zum 31. Dezember gekündigt. Die Anträge der Arbeitgeber lassen erkennen, dass in dem mit der Kündigung geschaffenen Tarifkonflikt kaum eine Basis für eine Verständigung gefunden werden dürfte und also mit einem Auseinanderfallen der zentralen Tarifpolitik zu rechnen ist. Der Ernst der Situation ist unverkennbar. Eine neue tragbare einheitlichere Tarifordnung muss, wie der "Bekleidungsarbeiter" betont, von neuem wie vor 30 Jahren erkämpft werden. Voraussetzung dafür ist, dass in den Betrieben eine geschlossene und einheitliche Organisation besteht. Also hinein in den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband!

-----

SPD. Die Städte wollen jetzt mehr als bisher den Freiwilligen Arbeitsdienst fördern. Wie eine Rundfrage des Deutschen Städtetages ergeben hat, sind mehr als 100 mittlere und grössere Städte als Träger der Arbeit, zum Teil auch als Träger des Dienstes aufgetreten. In jeder Stadt soll eine Auskunftsstelle für den FAD in einfachster Form eingerichtet werden.

-----